

5883/J XX.GP

## **ANFRAGE**

Der Abgeordneten Dr. König  
und Kollegen

an den Bundesminister für Inneres

betreffend generelle Doppelstaatsbürgerschaft für türkische Staatsbürger in  
Deutschland

In Verfolg der schriftlichen Anfrage 5314/J vorn 4.Dezember 1998 und der  
Beantwortung vom 7.Dezember 1998 steht nunmehr fest, daß eine  
Regierungsvorlage der neuen deutschen Koalitionsregierung vorliegt, die de  
facto zu einer generellen Doppelstaatsbürgerschaft führen würde. Während  
bisher in Deutschland, wie auch in Österreich, Doppelstaatsbürgerschaften nur  
in begründeten Ausnahmefällen akzeptiert wurden, stellt die deutsche  
Regierungsvorlage die Doppelstaatsbürgerschaft für Drittstaatsangehörige dem  
Belieben anheim. Damit würde eine privilegierte Gruppe von Staatsbürgern  
geschaffen werden, deren Personenkreis mehrere Millionen Doppelstaatsbürger  
umfassen könnte und Nachzugsmöglichkeiten für Familien in der  
Größenordnung von mehreren 100.000 Zuzüglern zu Folge hätte.

Wenngleich der Innenminister in seiner Anfragebeantwortung zu Recht anführt,  
"daß nach den Bestimmungen des Unionsrechts die Regelung von  
Staatsbürgerschaftsangelegenheiten zur Gänze in der Zuständigkeit der  
einzelnen Mitgliedsländer liegt", kann es nicht widerspruchslös hingenommen  
werden, daß ein EU - Nachbarland durch das für EU - Staatsbürger geltende freie  
Niederlassungsrecht eine Zuwanderung nach Österreich auslösen könnte die  
weit über den österreichischen Quoten liegt. Es erscheint daher geboten, diese  
Bedenken umgehend gegenüber der deutschen Bundesregierung zum Ausdruck  
zu bringen. Dies umso mehr, nachdem die Gewaltbereitschaft ausländischer  
Staatsbürger in der Bundesrepublik nach der Festnahme des Kurdenführers  
Öcalan deutlich unter Beweis gestellt wurde.

Die unterzeichneten Abgeordneten stellen daher folgende

## **ANFRAGE:**

1. Trifft es zu, daß derartige neue deutsche Staatsbürger mit  
Doppelstaatsbürgerschaft in Österreich unbeschränkt tätig werden könnten  
und über die Familienzusammenführung in Deutschland auch ihren  
Familienangehörigen das freie Niederlassungsrecht zustehen würde ?

2. Könnte gegen diese Personen ein Aufenthaltsverbot wegen einer rechtskräftigen strafrechtlichen Verurteilung dauerhaft erlassen werden?
3. Welche Probleme würde die deutsche Gesetzesvorlage für die Bekämpfung der organisierten Schleppertätigkeit bedeuten ?
4. Wurden Sie von der deutschen Bundesregierung über die geplante Gesetzesvorlage bereits detailliert informiert?
5. Werden Sie die österreichischen Interessen gegenüber der deutschen Bundesregierung nachdrücklich vertreten ?
6. Werden Sie für den Fall des Festhaltens an einer Einführung der generellen Doppelstaatsbürgerschaft das Problem im EU - Ministerrat aufgreifen ?